



An den Grossen Rat

16.5100.02

BVD/P165100

Basel, 6. April 2016

Regierungsratsbeschluss vom 5. April 2016

Interpellation Nr. 26 von Patricia von Falkenstein betreffend „Baustellen, insbesondere am St. Alban-Ring“

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 13. April 2016)

Bekanntlich wird der St. Alban-Ring derzeit umgestaltet. Von Anwohnenden und von Ladengeschäften sind ausgesprochen viele Unmutsbekundungen zu vernehmen. Für die Anwohnenden ist das Parkplatzangebot drastisch reduziert. Die Ladeninhaber beklagen wegen fehlenden Parkplätzen einen Umsatzrückgang von bis zu 40%. Insbesondere die Kundschaft, die bisher dort immer für ihre Kurzeinkäufe einen Parkplatz vorgefunden hat, fällt weg. Ältere Kundschaft, die nicht mehr in der Innerstadt einkaufen kann, wird so auch die Möglichkeit genommen, problemlos in den Aussenquartieren ihre Einkäufe zu tätigen.

Wenn Kunden ihre Einkaufsgewohnheiten ändern, ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass sie auch zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr zurückkehren. Metzgerei, Bäckerei und andere Geschäfte am St. Alban-Ring leiden unter drastischem Rückgang der Kundschaft und müssen um ihre Existenz bangen.

Zudem fällt auf, dass fast immer Baustellenwagen, Mulden und Baumaterial auf Parkflächen abgestellt bzw. gelagert werden. Das trägt weiter zur Verknappung des Parkplatzangebotes bei. Andere Platzierungen, evtl. etwas weiter entfernt von der Baustelle, wären möglich.

Auch wird - nicht nur bei dieser Baustelle - immer wieder die Beobachtung gemacht, dass während Tagen oder Wochen nicht gearbeitet wird. Dies verärgert sowohl Anwohnerschaft als auch den Detailhandel und die übrigen Geschäfte. Falls dies unumgänglich ist, müssten die Anwohnerschaft und die Geschäfte über die Gründe informiert werden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Können solche Infrastruktur- und Umgestaltungsarbeiten nicht rascher erledigt werden, evtl. mit Hilfe eines Bonus-Malus-Systems für die Bauunternehmen?
- Können Baustelleninstallationen nicht ausserhalb von Parkflächen platziert werden?
- Kann nicht - nicht nur in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit - mehr Rücksicht auf Gewerbebetriebe und ihre Kundenströme und -gewohnheiten genommen werden, z.B. indem in unmittelbarer Nähe Ersatzparkplätze geschaffen werden?

Patricia von Falkenstein

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

Die städtischen Infrastrukturanlagen wie Verkehrswege und Werkleitungen werden dauernd beansprucht und unterliegen einem mehr oder weniger kontinuierlichen Alterungsprozess. Damit die reibungslose Betriebs- und Versorgungssicherheit gewährleistet werden kann, müssen die bestehenden Anlagen systematisch unterhalten und erneuert werden. Die hierfür erforderlichen Bauarbeiten bringen in aller Regel Immissionen und Einschränkungen im näheren und weiteren Umfeld der Baustellen mit sich. Die für die Bauarbeiten zuständigen Stellen wie das Tiefbauamt, die IWB oder die BVB sind sich dessen sehr bewusst und legen grossen Wert darauf, die Baustellen möglichst effizient und speditiv abzuwickeln, sowie die Auswirkungen von Baustellen auf das Umfeld so gering wie möglich zu halten. Der Regierungsrat erinnert jedoch in diesem Zu-

sammenhang daran, dass die Anwohnenden und Geschäftsbetriebe im Umfeld von Baustellen auch zu den Nutzern dieser Infrastrukturanlagen zählen und von der störungsfreien Verfügbarkeit dieser Anlagen profitieren.

Zu den einzelnen Fragen der Interpellantin:

- *Können solche Infrastruktur- und Umgestaltungsarbeiten nicht rascher erledigt werden, evtl. mit Hilfe eines Bonus-Malus-Systems für die Bauunternehmen?*

Bei Bauarbeiten zur Erhaltung der städtischen Infrastruktur „unter Betrieb“ muss nicht nur der Verkehrsfluss, sondern auch die Zugänglichkeit sowie die Versorgung und Entsorgung mit Gas, Wasser, Elektrizität, Abwasser, Telekom, Fernwärme etc. der Liegenschaften gewährleistet sein. Dies erfordert insbesondere bei Werkleitungsarbeiten diverse, gut abgestimmte Provisorien und eine gute Koordination aller am Bau beteiligten Unternehmen. Aufgrund dieser komplexen Rahmenbedingungen, die für Aussenstehende meist nicht offensichtlich sind, lassen sich die Bauabläufe kaum weiter beschleunigen. Mehrschichtbetrieb kann nur ausnahmsweise und unter speziellen Bedingungen in Betracht gezogen werden und stösst erfahrungsgemäss bei den Anwohnenden auf wenig Akzeptanz. Bonus-Malus-Systeme sind im städtischen Raum aufgrund der komplexen Verhältnisse infolge unter den Werken koordinierten Baustellen mit mehreren Bauherren kaum anwendbar und bergen entsprechend grosse Risiken. Für detailliertere Ausführungen zu diesem Thema verweist der Regierungsrat auf seine Antwort zum Anzug Christian Egeler und Consorten betreffend Berücksichtigung externer Effekte bei Bauvorhaben im öffentlichen Raum (P115336).

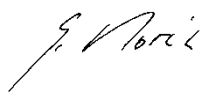
- *Können Baustelleninstallationen nicht ausserhalb von Parkflächen platziert werden?*

Wenn es die Platzverhältnisse zulassen, so werden für die Baustelleninstallationen keine Parkflächen aufgehoben. Der Regierungsrat ist sich jedoch sehr bewusst, dass im öffentlichen Raum in aller Regel kaum andere Flächen als Parkplätze für entsprechende Installationen zur Verfügung stehen. Damit der Verkehr so störungsfrei wie möglich funktionieren kann, soll nicht auf die Verkehrsfläche ausgewichen werden.

- *Kann nicht - nicht nur in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit - mehr Rücksicht auf Gewerbebetriebe und ihre Kundenströme und -gewohnheiten genommen werden, z.B. indem in unmittelbarer Nähe Ersatzparkplätze geschaffen werden?*

Die für die Bauarbeiten zuständigen Stellen achten sehr darauf, dass die Anwohnenden und die Gewerbebetriebe durch den Baustellenbetrieb so wenig wie möglich gestört werden. Im Fall der erwähnten Baustelle am St. Alban-Ring wurden die Gewerbebetriebe vor Baubeginn kontaktiert und das Bauprogramm so weit wie möglich auf deren Bedürfnisse und Anliegen (Weihnachtsgeschäft etc.) abgestimmt. Mangels geeigneter Alternativen an diesem Ort ist es bedauerlicherweise nicht möglich, Ersatzparkplätze zur Verfügung zu stellen. Wo dies in der Vergangenheit möglich war, wie zum Beispiel beim Projekt Verlängerung Tram 8 oder bei der Sanierung Lehenmattstrasse, wurden Ersatzparkplätze zur Verfügung gestellt.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin